19. Wahlperiode

Der Vorsitzende
des Hauptausschusses

mehrheitlich mit CDU und SPD gegen AfD bei Enthaltung GRÜNE und LINKE
--

An Plen

Dringliche Beschlussempfehlung

des Hauptausschusses
vom 8. Oktober 2025

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2654
**Viertes Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2024/2025**
(**Viertes Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 –
4. NHG 24/25**)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2654 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

I. Zu Artikel 1 – Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025

1. In Artikel 1 Nr. 1 wird Buchstabe a) wie folgt neu gefasst:

„In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „40.669.170.100“ durch die Angabe „41.810.214.100“ und die Angabe „46.631.738.100“ durch die Angabe „47.779.738.100“ ersetzt.“

2. In Artikel 1 Nr. 1 wird Buchstabe b) wie folgt neu gefasst:

„In Nummer 2 Buchstabe a wird die Angabe „29.272.769.900“ durch die Angabe „30.413.813.900“ und die Angabe „45.910.027.100“ durch die Angabe „47.058.027.100“ ersetzt.“

II. Änderung zum Vierten Nachtrag zum Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025 - Veränderungen der Einnahmen und Ausgaben

Der der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2654 – als Anlage beigefügte Vierte Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024/2025 wird mit folgender Änderung im Einzelplan 29 angenommen:

Im Kapitel 2931, Titel 97110 – Verstärkungsmittel wird im Jahr 2025 die Verpflichtungsermächtigung um 1.148.000.000 € erhöht.

Der Erläuterung zum Titel 97110 wird nach dem letzten Absatz folgender Text angefügt:

„Die Verpflichtungsermächtigung ist qualifiziert gesperrt.

Die Aufhebung der Sperre setzt die Vorlage eines Gesamtkonzepts zur Flüchtlingsunterbringung voraus, das den Aufbau eines Ankunftsentrums mit 2.600 Plätzen für die Unterbringung von Geflüchteten in Tegel, auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik oder einem anderen geeigneten Gelände innerhalb Berlins (2026: 309 Mio. €, 2027: 309 Mio. €), sowie die Weiteranmietung bestehender Geflüchtetenunterkünfte im Berliner Stadtgebiet beinhaltet (106 Mio. € p.a., etwaige Weiteranmietung jeweils maximal fünf Jahre). (Verbindliche Erläuterung)“

Berlin, den 8. Oktober 2025

Der amtierende Vorsitzende
des Hauptausschusses

André Schulze